

Fraktion im Rat der Stadt Ibbenbüren, den 01.11.2017

Pressebericht

Anhebung der Grundsteuer B war nicht nötig!

UWG IFI: Griff ins Portemonnaie der Bürger muss rückgängig gemacht werden

Ibbenbüren. Auch in diesem Jahr hat sich die UWG IFI-Fraktion während ihrer zweiten Jahresklausurtagung mit den aktuellen politischen Entwicklungen in Ibbenbüren befasst. Im Mittelpunkt stand dabei die Analyse des Haushaltsentwurfes 2018.

Die Unabhängige Wählergemeinschaft ist über das große positive Finanzierungsplus insbesondere durch hohe Gewerbesteuereinnahmen grundsätzlich erfreut. Im fast abgelaufenen Jahr wurde aber auf Grund der angeblich schlechten Hh-Lage gegen die Stimmen der UWG IFI-Fraktion die Grundsteuer B für 2017 drastisch erhöht, übrigens zum fünften Mal in Folge. Tenor in der Klausurtagung war, ob es auf Grund der enorm sprudelnden Steuerquellen dann nicht wieder Zeit sei, die Grundsteuer B zu senken.

Auch in anderen Bereichen wurden große Überschüsse erzielt, die aber erst in die nächsten Jahre – **sprich kurz vor der Kommunalwahl 2020** - an den Bürger indirekt zurück fließen sollen.

Die UWG IFI ist der Auffassung, dass dies früher geschehen muss. Auch die Starkverschmutzerabgabe füllt die städtische Kasse mit rd. 250 T€ jährlich und entlastet letztendlich den Bürger, so Andre Wesselmann. Erfreulich, da dies ein UWG IFI-Antrag war.

Ebenso erfreulich ist, dass nun auch das Kepler-Gymnasium erweitert werden wird. Dies ist der richtige Schritt, so jugend- und schulpolitische Sprecherin Susann Overmeyer. Aus personellen-, wirtschaftlichen- und pädagogischen Überlegungen fordert die UWG IFI weiterhin, dass für die Gesamtschule und das Kepler-Gymnasium nur eine Mensa vorgehalten wird. Dies sollte bei der Erweiterung des Keplers berücksichtigt werden. Hier sind Einsparungen von rd. 1 Mio. € möglich! Kleines, aber symptomatisches Beispiel ist auch die schleppende Sanierung von Toilettenanlagen in den Schulen und im Rathaus. Dies ist ein ALTANTRAG der UWG IFI, der wie eine Schildkröte vorankommt!

Für den Hh 2018 hat nur die UWG IFI-Fraktion im September 2017 einen Antrag mit 11 Punkten eingebracht. Fünf Kriterien sind dabei aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen wichtig:

- Unterstützung des Hospizes in ibb mit jährlich 50 T€
- ibb Tafeln aus sozialen Gründen mit jährlich insg. 10 T€ unterstützen
- deutliche Senkung der Gutachterkosten um min. 25%
- Freiwillige Leistungen sind um min. 50T€/Jahr zurückzufahren
- Ankauf der Fläche für die Aaseeentschlammung, um heftige Einsparungen zu erzielen

Ein weiterer Punkt in der Klausurtagung war die Anschaffung einer kommunalen Radar-/Blitzanlage, um die Sicherheit auf den Straßen in ibb zu erhöhen. Auch die Parkgebühren wurden in diesem Zusammenhang erörtert und die Frage nach der Brötchentaste für Kurzzeitparker – sowie die Errichtung eines Kreisverkehrs bez. Einmündung Gravenhorsterstraße Baugebiet Westvorstadt, ebenfalls ein Altantrag von der UWG IFI.

Dagegen will die Ampelkoalition im Rat in einem schrottreifen Aaseebad, **das noch einen Buchwert von knapp 1,4 Mio. € hat, über 15 Mio. € versenken**, weil Gutachter das für wirtschaftlich halten. Die Sanierung in 2011 war ebenfalls, wie die jetzt geplante Sanierung, durch Gutachter ausdrücklich positiv bewertet worden. Das Ergebnis sehen wir heute, ein Minus von jährlich weit über eine Mio. €. Jedes Unternehmen hätte hier bereits seit Jahren Konkurs anmelden müssen. Das ist für den Haushaltsexperten Karl-Heinz Ottenhus ein Un- ding. Die UWG IFI fordert ein neues Kombibad.

Ludger Bitter

Fraktionsvorsitzender der UWG IFI